



## Pressemitteilung

### **Spanische Jugendinitiative wegen Behördenwillkür vor dem Aus – Offener Brief an Olaf Scholz soll die Politik wachrütteln**

Hamburg, 13. Dezember 2012 – Der spanischen Jugendinitiative JEOH droht das aus. Der Verein ist seit 30 Jahren in der Hamburger Jugendarbeit aktiv. Er konnte in seiner Arbeit viele Jugendliche mit Migrationshintergrund für ein zivilgesellschaftliches Engagement gewinnen, die sich von den herkömmlichen Jugendinstitutionen in Deutschland nicht angesprochen fühlten. Die Jugendbehörde hat nun die gesamten Zuwendungen für den Verein gestrichen. Der Betrag ist nicht riesig, doch JEOH kann durch die Beiträge aus Kursen und Veranstaltungen allein seine Arbeit nicht aufrecht erhalten. Die Gesamtsituation wirkt etwas dubios, ist jedoch kein Einzelfall in der Hamburger Sozialpolitik unter Senator Scheele und seinem Sparkurs.

Nach der Prüfung der Kassenbücher von 2010 verlangte die Jugendbehörde etappenweise weitere Dokumente vom Verein. Laut Melanie Martinez, der Vorstandsvorsitzenden von JEOH, wurden alle diese Forderungen der Behörde erfüllt. Mehrere Telefonate und Briefe später entschieden sich die Verantwortlichen dennoch dafür, die Unterstützung für die Jahre 2012 und 2013 zu streichen - ohne einen genauen Grund anzuführen.

Melanie Martinez hat Widersprüche verfasst, mehrfach wegen der konkreten Begründung angefragt. Sie hat die Möglichkeit erwirkt und wahrgenommen, sich mit den Verantwortlichen sogar zusammzusetzen. Bis auf tautologische Pauschalaussagen blieben diese ihr jedoch eine Erklärung schuldig. Dieses behördliche Vorgehen ist in ihren Augen nicht mehr hinnehmbar: „Wir hatten schon ehrfach den Eindruck, als migrantischer Jugendverband seitens der Behörde nicht ganz willkommen zu sein. Doch durch diese Art von Inkompetenz und Willkür werden dreißig Jahre erfolgreicher Jugendarbeit mal nebenbei beseitigt.“

JEOH möchte nicht aufgeben. Bereits im Juni 2012 wurde ein Offener Brief an Olaf Scholz verfasst. Am Freitag, dem 07.12.2012, folgte ihm der zweite. „Wenn die Facharbeiter in der Behörde nicht zum Dialog bereit sind, dann müssen ihre Vorgesetzten auf politischem Weg dazu gebracht werden, einen genaueren Blick auf ihre Arbeit zu werfen“, lautete Melanie Martinez' Kommentar zu diesem Akt. Auch die Abgeordneten der Bürgerschaft wurden informiert.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) ist in den vergangenen Monaten schon öfters mit ihren Sparmaßnahmen und teils willkürlichen Methoden aufgefallen. Manchmal konnte juristisch und/ oder politisch ein Rückzug der BASFI erzwungen werden. Wie dieser Fall ausgeht, liegt in den Händen des Bürgermeisters und der Abgeordneten.

#### **Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:**

Arbeitsgemeinschaft Internationaler Jugendverbände Hamburg e.V.  
Dawid Noch - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Thedestrasse 99  
22767 Hamburg  
Tel.: +49 40 38 59 49; Fax: +49 40 389 59 31  
presse@agij.de, www.agij.de